

Bürger erfolgreich beteiligen

Spätestens mit „Stuttgart 21“ wurde deutlich, wie wichtig es ist, die Bürgergesellschaft bei Großprojekten mitzunehmen. Wie sieht ein erfolgversprechender Bürgerdialog aus?

Von Frank Brodmerkel

Beschlüsse „par ordre du mufti“ sind heute gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert. Bürger fordern mehr Information und Mitsprache bei der Planung und Zulassung von Großprojekten. Für ihr Gelingen ist ein frühzeitiger Dialog mit den Interessengruppen zwingend nötig.

Betroffene Bürger auf allen Planungsebenen wie Raumordnungs- oder Planfeststellungsverfahren zu beteiligen, ist rechtlich vorgesehen. Ein „Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren (PlVereinHG)“ soll die zuständigen Behörden zukünftig sogar verpflichten, die Öffentlichkeit schon vor den Planfeststellungsverfahren einzubeziehen, um mögliche Konflikte frühzeitig beizulegen.

Dennoch fühlen sich die Bürger oft nicht früh und umfangreich genug an Verfahrensentscheidungen beteiligt. Dabei sorgen eine professionelle Bürgerbeteiligung und mehr Transparenz bei der Planung dafür, eine größere Zustimmung zum Planungsergebnis zu erzielen, Verfahren zu beschleunigen und Zusatzkosten zu vermeiden.

Welche Möglichkeiten der Beteiligung gibt es?

Die Beteiligung kann von der bloßen Information der Bürger bis hin zur aktiven Mitbestimmung reichen. In Anlehnung an das Modell der „Partizipationsleiter“ von S.R. Arnstein unterscheidet man drei Stufen:

- Die **Information** beinhaltet keine aktive Einflussnahme der Beteiligten auf einen Planungsprozess. Alle Interessengruppen sollen den gleichen Wissensstand haben. Instrumente sind Projektbroschüren, Mailings, Projekt-Internetseiten, Social Media, klassische Aushänge, Infotelefone, Info-Veranstaltungen und Planungsausstellungen.
- Einen Schritt weiter geht die **Konsultation**, bei der die Bürger im Dialog aktiv Stellung beziehen können. Maßnahmen sind Bürgerbefragungen, Internet-Foren, Social Media und klassische Bürgerversammlungen. Den Entscheidungsträgern steht es frei, ob sie die Einwände und Vorschläge der Bürger bei ihrer Entscheidungsfindung berücksichtigen.

- Am weitesten geht die **Kooperation**, bei der die Bürger bei einer Entscheidung mitbestimmen. Wie viel ihre Stimme zählt, kann variieren und bis zu einer gleichberechtigten Entscheidungsfindung gehen. Methoden sind Mediationsverfahren und Runde Tische.

Was sind Erfolgsfaktoren?

Bürger stehen Veränderungen in ihrem Umfeld meist skeptisch gegenüber. Deshalb ist es wichtig, frühzeitig zu kommunizieren, was sich ändert und wo sich der Einzelne informieren und beteiligen kann. Die Beteiligungsmöglichkeiten allein sagen jedoch noch nichts über deren Qualität. Diese Faktoren sind zu berücksichtigen:

- **fair:** Der gesamte Beteiligungsprozess und der persönliche Umgang miteinander müssen von allen Beteiligten als fair und gerecht empfunden werden.
- **ernsthaft:** Bürger spüren sehr schnell, ob die Beteiligung nur ein Instrument zur Beschwichtigung sein soll. Deshalb muss der Prozess aufrichtig und authentisch sein.
- **umfassend:** Der Beteiligungsprozess darf keine Interessengruppe ausschließen. Das macht eine fundierte Analyse aller potenziellen Zielgruppen im Vorfeld nötig.
- **frühzeitig:** Die Bürger müssen frühzeitig und kontinuierlich beteiligt und informiert sein. Das verbessert auch die Kompetenzen aller Involvierten und fördert ihre Befähigung zur Beteiligung.
- **aufmerksam:** Der erste Schritt zum Dialog ist das aufmerksame Zuhören. Nur wer die Bedenken der Gegenseite kennt, kann Lösungen anbieten. Zudem ist Zuhören deeskalierend, wenn es zu konfliktträchtigen Themen kommt.
- **transparent:** Sämtliche Interessengruppen müssen bezüglich der Zielsetzung, der Vorgehensweise, der Fristen, wichtiger Fragen sowie ihrer eigenen Einflussmöglichkeiten jederzeit informiert sein.
- **verständlich:** Sämtliche Informationen müssen präzise und allgemein verständlich aufbereitet sein.
- **zielgruppenspezifisch:** Informationen sollten über diverse Medien verbreitet werden, um unterschiedliche Zielgruppen ggf. über ihre spezifischen Informationskanäle zu erreichen.



„Nein“ zu Ja-Sagern! Ohne gelebte Transparenz und glaubwürdige Bürgerbeteiligung lassen sich Infrastrukturprojekte heute nicht mehr so leicht verwirklichen.

- **ergebnisoffen:** Die Beteiligung ist ergebnisoffen, d.h., im Rahmen des wirtschaftlich und rechtlich Machbaren sind alle Alternativen gleichberechtigt.

Gute Öffentlichkeitsarbeit ist nötig

Gut aufbereitete Informationen allein wandeln das Misstrauen der Bürger noch nicht in Zustimmung um. Durch eine kontinuierliche und glaubwürdige Informationspolitik lässt sich eine Vertrauensbasis aufbauen.

Für die erfolgreiche Informationsvermittlung und Pressearbeit bedarf es interdisziplinärer Arbeitsgruppen, die Fachkompetenz bezüglich des Projekts und Kommunikationskompetenz kombinieren. Von dieser Kombination hängt auch der Erfolg der Öffentlichkeitsarbeit ab. Besondere Aufmerksamkeit gebührt dem Umgang mit der Presse, da sie die Wahrnehmung und Akzeptanz eines Infrastrukturprojektes wesentlich beeinflusst. Alle Mitarbeiter, die mit der Presse in Kontakt kommen, benötigen im Vorfeld entsprechende Schulung. Informationen müssen perfekt vorbereitet frühzeitig und umfassend an die Presse gelangen, um nicht den Anschein zu erwecken, man wolle etwas verheimlichen. Dabei geht es auch um den offenen Umgang mit Kritik und Widerständen. Ein fester Ansprechpartner, der mit dem Projekt vertraut ist, muss für die Presse zur Verfügung stehen. Man sollte mit den Journalisten vereinbaren, dass Statements und Interviews vor Veröffentlichung gegengelesen werden dürfen. Es ist erfolgsentscheidend, ausreichend Zeit für die Umsetzung aller Kommunikationsinstrumente einzuplanen.

Doch auch gut umgesetzte und rechtzeitig initiierte Informations- und Beteiligungsangebote an Bürger müssen nicht automatisch zu einer höheren Akzeptanz oder zum Erfolg des Infrastrukturprojekts führen. Neben einem Dialog auf Augenhöhe gehört auch Kompromissbereitschaft aller Beteiligten zu den Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung des entsprechenden Projekts. Mit „Basta“-Politik oder Fundamentalopposition ist niemandem geholfen.

Ohne gelebte Transparenz und glaubwürdige Bürgerbeteiligung lassen sich Infrastrukturprojekte heute immer schwieriger verwirklichen. Damit wächst die Bedeutung professioneller und zeitgenauer Kommunikation mit den einzelnen Zielgruppen. Die Süddeutsche Zeitung kommentierte in dem Zusammenhang schon 2011: „Einige Unternehmen haben bereits begriffen, dass sie nicht nur mehr Ingenieure, sondern auch mehr Kommunikationsprofs brauchen werden, wenn Infrastrukturprojekte nicht in Gerichtsakten versinken sollen“, (SZ, 16.4.2011).

Im Profil

Frank Brodmerkel ist Inhaber der Agentur Grüne Welle Kommunikation in München, die sich neben der klassischen Public Relations auch mit Community Relations, also der dialogorientierten Kommunikation mit lokalen Interessengruppen befasst. Mit ihrem Beratungsangebot wendet sich die Agentur vor allem an Kunden aus den Bereichen Cleantech und Erneuerbare Energien.

Viele Ideen zum Stadt-Entrée

Gut besuchte Bürgerwerkstatt zur geplanten Bebauung des Eon-Geländes an der Drygalski-Allee. Teilnehmer sprechen sich gegen monotone Wohntürme und geschlossene Innenhöfe „Am Südpark“ aus

VON JULIAN RAFF

Obersendling – Wenn an einem strahlenden Januarsamstag immerhin 40 Münchner fünf Stunden lang über Bauplänen brüten, statt Ski zu fahren, zu shoppen oder im raren Sonnenschein zu promenieren, ist das eine achtbare Resonanz auf den Aufruf zur „Bürgerwerkstatt“, in der die Anwohner Einfluss auf die Überplanung des Eon-Geländes an der Drygalskiallee nehmen konnten. Auch sonst zeigten sich Stadtverwaltung, Bezirksausschuss und die federführende Immobiliengesellschaft Accumulata zufrieden mit der bisherigen Diskussion um die Bebauung des acht Hektar großen Areals mit 80- bis 100 000 Quadratmeter Wohnfläche und rund 35 000 Quadratmeter für geschäftliche und soziale Nutzung (SZ berichtete).

Anlieger wünschen sich einladendes „Tor“, was einer der sechs Entwürfe gut umsetzt

Vergangene Woche hatten 750 Bürger die zwölf Teilnehmerentwürfe des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Wettbewerbs im Bürgersaal Fürstenried besichtigt. Jeder sechste Besucher nutzte per schriftlicher Stellungnahme eine weitere Mitsprachemöglichkeit. Unter den Hauptaspekten Baudichte, Verkehr und Ökologie nahmen dann am Samstag im Thomas-Mann-Gymnasium drei Arbeitsgruppen jene sechs Entwürfe unter die Lupe, die laut Jurybeschluss in die zweite Stufe des Wettbewerbs gehen. Nachdem die Ausstellung auch viel Zulauf aus der weiteren Umgebung erhalten hatte, ergriffen die Chance zur vertieften Beteiligung doch vor allem die unmittelbaren Anwohner.

Die Grundsatzdebatte um Wohn-Hochhäuser blühte gegen Ende des Workshops kurz auf, als eine später zur Diskussion gestoßene Nachbarin an Bauherren und Planungsbeamte appellierte, von „Verdichtung um jeden Preis“ abzusehen. Man solle sich bei der Bauhöhe auch nicht an den drei unmittelbar nördlich der Boschetsrieder Straße gelegenen Hochhäusern orientieren. Diese Fundamentalkritik hatte



Hochhausfronten sollen aufgelockert und möglichst skulptural gestaltet werden, regten Bürger zu den Wettbewerbsentwürfen an. Es gelte, die „furchtbaren“ städtebaulichen Sünden der Vergangenheit nicht zu wiederholen. FOTOS (4): ANGELIKA BARDEHLE

sich zuvor im einschlägigen Arbeitskreis nicht niedergeschlagen. Stattdessen sprachen sich Andreas Frees und Gerhard Meighörner im Namen ihrer Mitbürger für eine Differenzierung der Gebäudehöhen aus. Zudem sollten die Hochhausfronten aufgelockert, im Idealfall skulptural gestaltet werden, die Wohnungstypen sozial durchmischt werden, um die „furchtbaren“ städtebaulichen Sünden der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

Ebenso ungerne wie monoton gestaltete Wohntürme sähen Frees, Meighörner und ihre Nachbarn allerdings mauerartige Fassadenfluchten, nach dem Motto „fehlt nur noch der Burggraben“. Eine solche Umsetzung der Lärmschutz-Vorgaben lassen einige Entwürfe in der aktuellen Planphase ohne Fassadendetails zumindest befürchten. Die Ecke Drygalskiallee/Boschetsrieder Straße wünschen sich die Anwohner als einladendes „Tor“. Das setzt einer der sechs Wettbewerbsentwürfe bereits recht deutlich um, zwei weitere ansatzweise. Wenig begeistert zeigten sich die Workshop-Teilnehmer von den in zwei Entwürfen vorgesehenen geschlossenen Innenhöfen. Deren Umsetzung würde einen Großteil des Areals nach außen abschotten. Eine Trennung öffentlicher und privater Grünflächen sollte idealerweise auch ohne geschlossene Höfe möglich sein, wünscht sich Peter Jordan im Namen seiner Arbeitskreiskollegen.

Wie jedes Großprojekt, wirft auch das unter dem Namen „Am Südpark“ projektierte Quartier nicht zuletzt Verkehrsfragen auf. Udo Reisel regte unter anderem an, eine Linksabbiegemöglichkeit von der Machtlfinger- in die Boschetsrieder Straße zu schaffen und so die Gegend von langen Einbahn-Fahrten zu entlasten. Jury-Vorsitzender Franz Eberhard lobte die Vielzahl konstruktiver Vorschläge. Zugleich äußerte er die Hoffnung, das neue Viertel werde, kraft seiner Lage als südwestliches Stadt-Entrée zu einem Ort, den man auswärtigen Besuchern als Beispiel guten Städtebaus zeigen könne.

Eine vorerst abschließende Informations- und Mitsprachemöglichkeit bietet die Einwohnerversammlung am heutigen Montag ab 19 Uhr im Bürgersaal Fürstenried, Züricher Straße 35.